

V0112/17
öffentlich

Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen BGI, SPD, DIE GRÜNEN, ÖDP

Fraktion der BGI, Fraktion der SPD, DIE GRÜNEN, Fraktion der ÖDP

Stadt Ingolstadt

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Christian Lösel
Rathaus
85049 Ingolstadt

BGI-Stadtratsfraktion

Milchstr. 4
85049 Ingolstadt

SPD-Stadtratsfraktion

Unterer Graben 83-87
85049 Ingolstadt

Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN

Taschenturmstr. 4
85049 Ingolstadt

ÖDP-Stadtratsfraktion

Manggasse 6
85049 Ingolstadt

Ingolstadt, 07.02.2017

Gremium	Sitzung am
Stadtrat	21.02.2017

Anpassung der Satzungen der städtischen Tochtergesellschaften

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die Sitzung des Stadtrats stellen wir folgenden Antrag:

Die Satzungen der nachfolgend genannten städtischen Tochterunternehmen werden bei den jeweiligen Regelungen zur Verschwiegenheitspflicht um folgenden Absatz ergänzt: „Die von der Stadt entsandten Aufsichtsratsmitglieder können auch andere Mitglieder des Stadtrats über die Angelegenheiten der Gesellschaft informieren, z. B. in Fraktionssitzungen, wenn die Vertraulichkeit gewährleistet ist.“

1. Die Satzung der Alten- und Pflegeheim Klinikum Ingolstadt GmbH wird in § 13 um einen Abs. 8 mit o. g. Satz ergänzt.
2. Die Satzung der Beteiligungsgesellschaft Klinikum Ingolstadt GmbH wird in § 12 um einen Abs. 7 mit o. g. Satz ergänzt.

3. Die Satzung der Klinikum Ingolstadt GmbH wird in § 13 um einen Abs. 7 mit o. g. Satz ergänzt.
4. Die Satzung der BioIN GmbH wird in § 11 um einen Abs. 2 mit o. g. Satz ergänzt.
5. Die Satzung der Dienstleistungs- und Gebäudemanagement Klinikum Ingolstadt GmbH wird in § 12 um einen Abs. 7 mit o. g. Satz ergänzt.
6. Die Satzung der Ingolstädter Verkehrsgesellschaft mbH wird in § 7 um einen Abs. 2 mit o. g. Satz ergänzt.
7. Die Satzung der IFG Ingolstadt AöR wird in § 9 um einen Abs. 4 mit o. g. Satz ergänzt.
8. Die Satzung der Ingolstädter Kommunalbetriebe AöR wird in § 5 um einen Abs. 9 mit o. g. Satz ergänzt.
9. Der Verbandsversammlung des Krankenhauszweckverbands Ingolstadt wird vorgeschlagen, die Geschäftsordnung des Krankenhauszweckverbands Ingolstadt in § 15 um einen Absatz 2 wie folgt zu ergänzen: „Die von der Stadt Ingolstadt entsandten Verbandsräte können auch andere Mitglieder des Stadtrats von Ingolstadt über die Angelegenheiten der Gesellschaft informieren, z. B. in Fraktionssitzungen, wenn die Vertraulichkeit gewährleistet ist.“

Begründung

Die fehlende Transparenz im Stadtrat bei der momentanen Aufarbeitung der Vorfälle im Klinikum zeigt, dass die Information des gesamten Stadtrates über Vorgänge in diversen städtischen Tochterunternehmen verbessert werden sollte.

Die Verschwiegenheitsklauseln in den Satzungen dieser Gesellschaften verhindern jeweils, dass der gesamte Stadtrat sich ein vollständiges Bild über die Situation verschafft. Nach Ansicht der Antragsteller müssen alle wesentlichen Vorgänge, die in den jeweiligen Aufsichtsräten besprochen werden, durch eine transparente und umfassende Berichterstattung dem gesamten Stadtrat bekannt sein. Der gesamte Stadtrat sollte in der Lage sein, über solche wesentlichen Vorgänge debattieren und entscheiden zu können.

Hierzu ist es jedoch auch erforderlich, dass die Fraktionen, Gruppierungen Ausschussgemeinschaften und Einzelmitglieder im Vorfeld von Berichten im Stadtrat bzw. im Vorfeld von Entscheidungen des Stadtrates über diese Vorgänge durch die anderen Stadträte in den Sitzungen informiert werden können.

Es ist nach Ansicht der Antragssteller notwendig, eine möglichst umfassende Transparenz für alle Mitglieder des Stadtrats in Bezug auf die wesentlichen Themen der städtischen Töchter, die in den Aufsichtsräten erörtert und entschieden werden, herzustellen.

gez.
Christian Lange
Fraktionsvorsitzender BGI

gez.
Achim Werner
Fraktionsvorsitzender SPD

gez.
Petra Kleine
Fraktionsvorsitzende B' 90/GRÜNE

gez.
Franz Hofmaier
Fraktionsvorsitzender ÖDP